

Umweltzentrum des Handwerks Thüringen  
In der Schremsche 3  
07407 Rudolstadt

Bearbeiter:

Datum:

**Zuwendungsantrag („de minimis“- Beihilfe) Nr.:** .....  
(wird vom UZH vergeben)

Hiermit stelle ich den Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der „Richtlinie zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen“ des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt (veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 47/2007, S. 2128 ff.)

---

## 1. Antragsteller:

1.1. Name <sup>1)</sup>

1.2. Anschrift <sup>2)</sup>

PLZ, Ort

Vorwahl:

Telefon:

Fax:

Geschäftsführer / Inhaber

Name:

Vorname:

1) Bei Ihren Angaben zu Ziffer 1.1. des Antrages handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches.-

Subventionserheblich i.S. von § 264 StGB sind solche Tatsachen, die nach

1. dem Subventionszweck

2. den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie

3. den sonstigen Vergabevoraussetzungen

für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention erheblich sind.

2) Bei Ihren Angaben zu Ziffer 1.2. des Antrages handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (vgl. Fußnote 1).

## Angaben zum Antragsteller:

Mitglied der IHK:

Mitglied der HWK:

Gründungsform:

Rechtsform:

Firmensitz:

Branchengruppe:

Verteilung der  
Geschäftsanteile: \*)

NACE-Code:

Vorjahresumsatz:

Beschäftigte:

Vorjahresbilanzsumme: .....Mio. €

\*)Ein Unternehmen gilt gegenwärtig als klein- und mittelständisch und ist damit förderfähig, wenn die Anzahl der Beschäftigten 250 nicht erreicht, der Jahresumsatz nicht über 50 Mio. € liegt oder die Bilanzsumme nicht 43 Mio. € übersteigt. Darüber hinaus darf sich das Unternehmen nicht zu 25 v.H. oder mehr im Besitz von einem oder mehreren Unternehmen befinden, das/die o.g. Kriterien nicht erfüllt(en) (vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Abl. EG) L 124/36 vom 20.05.2003, gültig ab 01.01.2005)

### 1.3. Auskunft erteilt:

Name:

Telefon:

Erklärung, darüber, ob das Antrag stellende Unternehmen allgemein oder für o.g. Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz berechtigt ist:

Ja

Nein:

### 1.4. Verbundene Unternehmen <sup>3)</sup>

Ist das Antrag stellende Unternehmen bzw. dessen Gesellschafter mit anderen Unternehmen über juristische oder natürliche Personen nach Art der §§ 16, 17, 18, 291 oder 292 des Aktiengesetzes verbunden oder bestehen Beteiligungsverhältnisse am Antrag stellenden Unternehmen von 25 % und mehr? (zutreffendes bitte ankreuzen)

Ja  (ggf. auf gesondertem Blatt erläutern)      Nein  (dann weiter unter Pkt.2)

Angaben zu den verbundenen Unternehmen:

Name/Rechtsform: .....

Bundesland: ..... Kreis: .....

3) Bei Ihren Angaben zu Ziffer 1.4. des Antrages handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (vgl. Fußnote 1).

Anz. d. Beschäftigten insgesamt: .....

Vorjahresumsatz insgesamt: ..... Vorjahresbilanzsumme:.....

## **2. Antrag auf Beratung:**

Orientierungsberatung zum Qualitätsverbund umweltbewusster Thüringer Betriebe (QuB)

Durchführungszeitraum von: ..... bis: .....

Kurzbeschreibung des Beratungsinhaltes:

Als Berater bitten wir in die Auswahl einzubeziehen:

Firma:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ:

Ort:

Vorwahl:

Telefon:

Fax:

## **3. Antrag auf Zertifizierung:**

Eine QUB-Zertifizierung ist vorgesehen und wird beantragt:

ja  (siehe 4 b)

nein  (siehe 4 a)

## **4 a. Gesamtausgaben, Beratung ohne Zertifizierung: <sup>4)</sup>**

Tagwerke Experte/UZH	<b>TW x 650,00 €</b>	<b>€</b>
abzüglich Zuwendung Beratung	50 %	<b>€</b>
<b>Teilnehmerbeitrag (a) *</b>		<b>€</b>

\* siehe „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ Pkt. 7.1.

4) Bei Ihren Angaben zu Ziffer 4 a des Antrages handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (vgl. Fußnote 1).

**Eine nachträglich beantragte Zertifizierung ist nicht zuwendungsfähig.**

#### **4 b. Gesamtausgaben, Beratung mit Zertifizierung: 4)**

Tagwerke Experte/UZH	TW x 650,00 €	€
Zertifizierungskosten	entsprechend Mitarbeiteranzahl	€
Zwischensumme		€
Zuwendung Beratung	60 %	€
Zuwendung Zertifizierung**	60 %	€
abzüglich Zuwendung gesamt	60 %	€
<b>Teilnehmerbeitrag (b) *</b>		€

\* siehe „Allgemeine Geschäftsbedingungen“ Pkt. 7.1.

4) Bei Ihren Angaben zu Ziffer 4 b des Antrages handelt es sich um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (vgl. Fußnote 1).

\*\* **Zusatzkosten** (z.B. Reisekosten) werden ebenfalls mit **bis zu 60 %** gefördert. Nach Rechnungslegung wird der Teilnehmerbeitrag **gesondert in Rechnung gestellt**.

#### **5. „de minimis“ – Erklärung**

Die eingereichte „de minimis“ – Erklärung ist Bestandteil des Zuwendungsantrages und Grundlage für die Zuwendungsberechnung.

Die Förderung erfolgt durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Mittel des Landes Thüringen.

#### **6. Finanzierungsplan:**

Die im Punkt 4 zusammengefassten Gesamtausgaben gelten als Finanzierungsplan im QUB-Beratungsangebot und sind in vollem Umfang Bestandteil des Zuwendungsantrages und Grundlage für den Beratungsauftrag.

#### **7. Erklärung des Antragstellers**

Ich/wir erklären,

- 7.1. dass mir/uns bekannt ist, dass nur die erstmalige Teilnahme eines Unternehmens am QuB förderfähig ist. Darüber hinaus ist eine Teilnahme von Unternehmen, die bereits ein Umweltmanagementsystem nach EMAS oder ISO 14001 bzw. den Umweltmanagementansatz ÖKOPROFIT durchgeführt haben, ausgeschlossen.
- 7.2. dass das Unternehmen weder unmittelbar noch mittelbar bei einem gleichen oder ähnlichen Vorhaben gefördert wird, dass für das Vorhaben noch keine anderweitige Förderung beantragt wurde und dass das Vorhaben in Thüringen durchgeführt wird.
- 7.3. dass ich/wir die Zahlungen nicht eingestellt habe(n) und gegen mich/uns kein Gesamtvollstreckungs-, Konkurs- oder Vergleichsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir zum Zeitpunkt der Bewilligung verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bestehen eines Gesamtvollstreckungs-, Konkurs- oder Vergleichsverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- 7.4. dass ich/wir Änderungen der Besitz- und Beteiligungsverhältnisse unverzüglich mitteilen werde(n).
- 7.5. dass mir/uns bekannt ist, dass das Beratungsangebot insoweit aufgehoben wird, als die Zuwendung durch in wesentlicher Beziehung unrichtige und unvollständige Angaben oder sonst zu Unrecht erlangt wurde. In diesem Fall bin/sind ich/wir verpflichtet, den Zuschuss zurückzuzahlen und gem. § 49a Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (GVBl. Nr. 18/97 vom 17.10.1997) vom Auszahlungstage zu verzinsen.

- 7.6. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir mich/uns wegen unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angabe über subventionserhebliche Tatsachen gem. § 264 des StGB wegen Subventionsbetrug strafbar machen kann/können.  
Ferner ist mir/uns Bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, der Bewilligungsbehörde mitzuteilen, sobald sich Die Umstände ändern, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen. Vom Inhalt des § 264 des StGB sowie den §§ 3-5 des Subventionsgesetzes habe ich Kenntnis genommen.  
Mir/uns ist bekannt, dass subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB solche Tatsachen sind, die nach
1. dem Subventionszweck
  2. den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie
  3. den sonstigen Vergabevoraussetzungen
- für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergabe oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils maßgeblich sind. Die **subventionserheblichen Tatsachen** sind in diesem Antrag bezeichnet.
- 7.7. dass mir/uns bekannt ist, dass auf die Zahlung einer Zuwendung kein Rechtsanspruch besteht und dass eine beantragte oder bewilligte Zuwendung nicht abgetreten werden kann.
- 7.8. dass mir/uns bekannt ist, dass die in diesem Antrag enthaltenen Angaben mittels EDV gespeichert und verarbeitet werden und dass sie den für die Antragsbearbeitung verantwortlichen Stellen zur Verfügung stehen. Mir/uns ist darüber hinaus bekannt, dass ich/wir meine/unsere Einwilligung hierzu verweigern kann/können und dass dann aber eine Ablehnung meines/unsere Antrages wegen ungenügender Beurteilungsmöglichkeiten in Betracht kommen kann.
- 7.9. dass dem Zuwendungsgeber nach Abschluss des Vorhabens das Recht zur Veröffentlichungen eingeräumt wird, soweit keine von mir/uns ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnete Inhalte betroffen sind.  
Insbesondere dürfen folgende Angaben veröffentlicht werden:  
Unternehmensbezeichnung, Anschrift, Name der vertretungsberechtigten Person.
- 7.10. dass mit dem Vorhaben nicht vor Antragstellung (Datum der Unterschrift auf diesem Antrag) begonnen wurde und zum Zeitpunkt der Antragstellung keine abgeschlossenen Verträge im Zusammenhang mit der Maßnahme vorliegen. Mir/uns ist bekannt, dass ein Maßnahmebeginn vor Antragstellung zur Ablehnung des Antrages oder ggf. zum Widerruf des UZH- Beratungsangebotes führt.
- 7.11. dass das Vorhaben ohne die beantragte Zuwendung nicht bzw. nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann, dass die im Finanzierungsplan vorgesehene Eigenbeteiligung jedoch gesichert ist und dass diese Eigenanteile nicht gleichzeitig zur Absicherung anderer öffentlich geförderter Vorhaben genutzt werden.
- 7.12. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir die mit der Zuwendung erworbenen Beratungsergebnisse sowie die mit der Zuwendung in Zusammenhang stehenden Belege und Verträge (Einnahme- und Ausgabebelege) sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen **bis zum 31.12.2021** aufzubewahren sind, sofern nicht nach steuerrechtlichen und anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist.
- 7.13. Mir/uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EG) Nr. 1260 des Rates vom 21. Juni 1999, Amtsblatt der EG L 213 vom 13. August 1999, Anwendung findet. Nach Artikel 46 der Verordnung 1260 vom 21. Juni 1999 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen.

### **Weitere Nebenbestimmungen**

Der Antragsteller verpflichtet sich innerhalb einer angemessenen Frist, im Regelfall 12 Monate, die im Bericht aufgezeigten Schritte/Maßnahmen zur Einführung des Umweltmanagementsystems umzusetzen und dies zur Prüfung der zuständigen Kammer anzuzeigen.

Auf die Gewährung einer Zuwendung besteht **kein Rechtsanspruch**.

Der Antragsteller ist mit der Erhebung und Speicherung der von der EU geforderten Daten einverstanden.

Dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt wird das Recht zur Auswertung und Publikation der Ergebnisse eingeräumt.

Dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, dem Thüringer Landesrechnungshof und dem Europäischen Rechnungshof wird ein Prüfungsrecht eingeräumt.

## Hinweise

Die folgenden Bestimmungen der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind Bestandteil des Vertrages.

### Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung

- Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Verwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel (z.B. Investitionszulagen) hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung (bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers).

### Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers

Der Zuschussempfänger ist verpflichtet, unverzüglich dem UZH anzuzeigen, wenn

- er nach Vorlage des Finanzierungsplanes – auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises – weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er - ggf. weitere – Mittel von Dritten erhält,
- der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
- sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist, ein Insolvenzverfahren gegen ihn beantragt oder eröffnet wird.

### Nachweis der Verwendung

- Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht (*hier: Beratungskurzbericht/ Umweltordner lt. Qualitätskriterien*) und einem zahlenmäßigen Nachweis (*hier: Nachweis der Überweisung Eigenanteil/ Zeitnachweis Berater*).
- In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.
- Mit dem Nachweis sind die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen.

Im Übrigen sind die ANBest-P der VV zu § 44 LHO Bestandteil des Beratungsvertrages, soweit sie dem Inhalt nach auf den Vertrag anwendbar sind.

Da die Zuwendung aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird, sind das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und die vom Landesrechnungshof oder Europäischen Rechnungshof beauftragten Rechnungsprüfungsstellen berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Das begünstigte Unternehmen hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Der Vertrag kann aus einem wichtigen Grund zurückgenommen werden, wenn

- die Voraussetzungen für den Vertrag nachträglich entfallen sind,
- der Vertrag durch Angaben zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren,
- gegen die o. g. Mitteilungspflichten und Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwendungsnachweisprüfung schuldhaft verstoßen wird oder die vertraglich vereinbarten Prüfrechte der Handwerkskammern, des TMLNU und des LRH nicht oder nicht im gebotenen Umfang gewährt werden.

Andere rechtliche Voraussetzungen und Erfordernisse, wie z.B. Zulassungen und Genehmigungen nach einschlägigen Rechtsvorschriften, werden durch diesen Vertrag nicht ersetzt.

## Rechtsverbindliche Unterschrift

.....  
Ort, Datum

.....  
Stempel und Unterschrift des  
Antragstellers

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift des zuständigen  
Beraters der IHK/ HWK

### 8 a. Beratungsauftrag

Ich beauftrage Sie, eine QUB-Beratung nach Bestätigung der beantragten Zuwendung durchzuführen. Die Mittel werden nach Maßgabe der Haushaltsgrundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zweckentsprechend verwendet. Die beiliegenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Durchführung von QUB-Beratungen“ vom Januar 2009 sind Bestandteil dieses Auftrages. Mit der Verarbeitung, Speicherung und Auswertung der Daten im Rahmen dieses Beratungsauftrages durch das UZH/ TMLNU bin ich einverstanden.

**Rechtsverbindliche Unterschrift:**

.....  
Ort, Datum

.....  
Stempel und Unterschrift des  
Antragstellers

**8 b. Beratungs- und Zertifizierungsauftrag**

Ich beauftrage Sie, eine QUB-Beratung und Zertifizierung nach Bestätigung der beantragten Zuwendung durchzuführen. Die Mittel werden nach Maßgabe der Haushaltsgrundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zweckentsprechend verwendet. Die beiliegenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Durchführung von QUB-Beratungen“ vom Januar 2009 sind Bestandteil dieses Auftrages. Mit der Verarbeitung, Speicherung und Auswertung der Daten im Rahmen dieses Beratungsauftrages durch das UZH/ TMLNU bin ich einverstanden.

**Rechtsverbindliche Unterschrift:**

.....  
Ort, Datum

.....  
Stempel und Unterschrift des  
Antragstellers

Anlagen:

- „de minimis“ – Erklärung